



Begleitdokument zur Bekanntmachung

BBO Fulda Bildungszentrum Bau Osthessen gGmbH

Objektplanung Leistungsphasen 3 - 8

Allgemeine und formale Angaben zum Verfahren
Anforderungen an Teilnahmeanträge
Hinweise zur Angebotsgestaltung und zum Verhandlungsverfahren

Inhalt:

1	Beschreibung des Beschaffungsvorhabens.....	3
2	Formale Angaben zum Verfahren, zum Verfahrensablauf, den Anforderungen an die Teilnahmeanträge und Angebote	3
a)	Bereitstellung der Vergabeunterlagen	3
b)	Vorgaben zur Kommunikation (insbesondere Bewerber- und Bieterfragen)	4
c)	Angaben zu der rechtlichen Einordnung des Beschaffungsgegenstandes und der Vergabekammer	4
d)	Verfahrensart	5
e)	Ablauf des Verfahrens, Anforderungen an Teilnahmeanträge und Angebote	5
aa)	Formale Vorgaben zur Einreichung von Teilnahmeanträgen	5
bb)	Anforderungen an die Inhalte der Teilnahmeanträge	5
(1)	Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften, Eignungsleihe, Nachunternehmer	6
(2)	Eignungsnachweise	7
cc)	Eignungsprüfung	12
dd)	Einleitung des Verhandlungsverfahrens, formale Vorgaben zur Einreichung von Angeboten	12
ee)	Anforderungen an die Inhalte der Angebote	13
ff)	Ablauf des Verhandlungsverfahrens	13
gg)	Wertungskriterien	14
hh)	Zuschlagserteilung	16
3	Sonstige Angaben.....	17
4	Anlagen	17

1 Beschreibung des Beschaffungsvorhabens

Die BBO Fulda Bildungszentrum Bau Osthessen gemeinnützige GmbH (im Folgenden: „Auftraggeber“) beabsichtigt, zur Modernisierung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Bauwirtschaft in Fulda die Ausschreibung der hierfür erforderlichen Planungsleistungen vorzunehmen. Dazu soll zunächst ein Objektplaner (nachfolgend „Auftragnehmer“/ „Bewerber“/ „Bieter“) mit der Durchführung der Planungsleistungen in Anlehnung an die Leistungsphasen 3 – 8 der HOAI beauftragt werden.

Die Leistungsphasen 1 -2 HOAI der Objektplanung wurden bereits durchgeführt.

Das Bauvorhaben ist eine von Bund und Land geförderte Zuwendungsbaumaßnahme auf der Basis der "Gemeinsamen Richtlinien für die Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten und ihrer Weiterbildung zu Kompetenzzentren“ vom 03.12.2024 der Bundesministerien für Bildung und Forschung und für Wirtschaft und Energie sowie den hessischen Richtlinien zur Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten.

Die Richtlinien für Zuwendungsbaumaßnahmen (RZBau) des Bundes und die Bundeshaushaltsordnung (BHO) sind daher zu beachten.

Einzelheiten zu den Anforderungen an die Leistungserbringung ergeben sich aus der mit der Bekanntmachung ebenfalls bereitgestellten Leistungsbeschreibung.

2 Formale Angaben zum Verfahren, zum Verfahrensablauf, den Anforderungen an die Teilnahmeanträge und Angebote

a) Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen stehen ausschließlich elektronisch auf dem Vergabeportal DTVP (der konkrete Link ist in der Bekanntmachung genannt) zur Verfügung. Die Vergabeunterlagen können dort unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und unmittelbar abgerufen werden.

Eine Registrierung zum Abruf der Vergabeunterlagen ist nicht erforderlich. Es wird den interessierten Unternehmen jedoch eine Registrierung empfohlen, um – ggf. abhängig vom jeweiligen Abonnement – automatisierte Benachrichtigungen des Vergabeportals zu erhalten, sofern neue Informationen auf der Vergabeplattform verfügbar sind. Bitte beachten Sie, dass im Rahmen des kostenlosen Basic-Abonnements kein E-Mail-Benachrichtigungsservice enthalten ist.

Eine Registrierung und ggf. automatische Information des Vergabeportals befreit interessierte Unternehmen bzw. Bieter nicht von ihrer Verpflichtung, die jeweils aktuellen Bekanntmachungen auf dem Vergabeportal einzusehen und sich über den aktuellen Stand der Vergabeunterlagen zu vergewissern.

b) Vorgaben zur Kommunikation (insbesondere Bewerber- und Bieterfragen)

Sämtliche Kommunikation im Verfahren erfolgt über die Nachrichtenfunktion des Vergabeportals DTVP (der konkrete Link ist in der Bekanntmachung genannt), d.h. alle Fragen, die im Zusammenhang mit dem vorliegenden Vergabeverfahren stehen, sind ausschließlich elektronisch über die Nachrichtenfunktion des Vergabeportals DTVP (der konkrete Link ist in der Bekanntmachung genannt) an den Auftraggeber zu richten. Bewerber- und Bieterfragen können bis 10 Tage vor Ablauf der gesetzten Teilnahme- bzw. Angebotsfrist an den Auftraggeber gerichtet werden. Der Auftraggeber wird die Bewerber- bzw. Bieterfragen innerhalb einer angemessenen Frist über das Portal DTVP (der konkrete Link ist in der Bekanntmachung genannt) beantworten. Antworten auf Bewerber- bzw. Bieterfragen werden allen Bewerbern bzw. Bietern in transparenter und nichtdiskriminierender Weise unverzüglich durch den Auftraggeber auf dem Vergabeportal DTVP (der konkrete Link ist in der Bekanntmachung genannt) zur Verfügung gestellt.

c) Angaben zu der rechtlichen Einordnung des Beschaffungsgegenstandes und der Vergabekammer

Die vorliegende Bekanntmachung betrifft die Vergabe von Aufträgen, welche den maßgeblichen EU-Schwellenwert voraussichtlich überschreitet. Aufgrund förderrechtlicher Vorgaben wird das Verfahren nach den Vorschriften des GWB-Vergaberechts und der Vergabeverordnung (VgV) im vorliegenden Verfahren durchgeführt.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens grundsätzlich unzulässig ist, sofern der behauptete Verstoß nicht fristgemäß bei der Vergabestelle gerügt wird. Insoweit wird auf die Rechtsbehelfsfristen und Präklusionsbestimmungen entsprechend § 160 Abs. 3 GWB verwiesen. So sind nach § 160 Abs. 3 S. 1 GWB Nachprüfungsanträge unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 S. 2 bleibt unberührt.

Im vorliegenden Fall ist die zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren die

**Vergabekammer des Landes Hessen
beim Regierungspräsidium Darmstadt
Luisenplatz 2
64283 Darmstadt
Tel.: +49 6151 12 6603
Fax: +49 611 327 648534
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
URL: <https://rp-darmstadt.hessen.de/infrastruktur-und-wirtschaft/oeffentliches-auftragswesen/vergabekammer>**

d) Verfahrensart

Das Verfahren wird zweistufig als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb (§§ 74 Alt. 1, 17 VgV) durchgeführt.

e) Ablauf des Verfahrens, Anforderungen an Teilnahmeanträge und Angebote

aa) Formale Vorgaben zur Einreichung von Teilnahmeanträgen

Die Bewerber werden aufgefordert, auf der ersten Stufe des Ausschreibungsverfahrens (Teilnahmewettbewerb) einen Teilnahmeantrag innerhalb der in der Bekanntmachung genannten Frist einzureichen, der sämtlichen Anforderungen der Vergabebekanntmachung und des vorliegenden Begleitdokuments zur Bekanntmachung genügen muss.

Die Teilnahmeanträge sind gemäß § 53 Abs. 1 VgV in Textform nach § 126b BGB auf dem Vergabeportal DTVP (der konkrete Link ist in der Bekanntmachung genannt) über das Bietertool innerhalb der Teilnahmefrist einzureichen. **Teilnahmeanträge in anderer Form (z.B. per Post, per Fax oder per E-Mail), verspätet hochgeladene oder über den Button „Kommunikation“ über das Vergabeportal abgegebene/ eingereichte Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt.**

bb) Anforderungen an die Inhalte der Teilnahmeanträge

Die nachfolgenden unter Ziff. (2) aufgeführten Eignungsnachweise sind neben dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. aufgeführt. Die unter Ziff. (1) genannten Hinweise zu Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften, Eignungsleihe und Nachunternehmereinsatz sind dabei zu beachten.

Die Angabe personenbezogener Daten innerhalb der Eignungsnachweise ist freiwillig. Die Nichtangabe personenbezogener Daten führt nicht unmittelbar zum Ausschluss vom weiteren Verfahren.

(1) Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften, Eignungsleihe, Nachunternehmer

Sofern eine Beteiligung von Bietern am vorliegenden Verfahren als Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, muss mit dem Teilnahmeantrag das vollständig ausgefüllte sowie hinsichtlich der „Verpflichtungserklärung Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft“ angekreuzte Formular „Verpflichtungserklärungen“ (**Anlage 2**) von jedem Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft vorgelegt werden. Mit der „Verpflichtungserklärung Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft“ wird für den Fall einer Beauftragung eine gesamtschuldnerische Haftung gegenüber dem Auftraggeber erklärt. Für jedes Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft müssen darüber hinaus die weiteren Eignungsnachweise gemäß dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) nebst den geforderten Anlagen vorgelegt werden. Im Zuge der Eignungsprüfung werden die Mitglieder der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft insgesamt mit der jeweiligen Summe ihrer Beiträge zur Eignung beurteilt. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB bzw. die Selbstreinigung nach § 125 GWB muss hingegen jedes Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft einzeln nachweisen. Für jedes Mitglied der Bewerber- und Bietergemeinschaft ist zudem die „Eigenerklärung Russland-Sanktionen“ (**Anlage 3**) einzureichen.

Kann ein Bewerber nicht sämtliche Anforderungen an die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und/ oder die technische und berufliche Leistungsfähigkeit selbst nachweisen, kann er sich der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen (Eignungsleihe). Im Falle einer Eignungsleihe hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen und/ oder der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber für jedes eignungsbeliehene Unternehmen das vollständig ausgefüllte und hinsichtlich der „Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ angekreuzte Formular „Verpflichtungserklärungen“ (**Anlage 2**) vorzulegen. Zudem sind die geforderten Eignungsnachweise gemäß dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) für das eignungsbeliehene Unternehmen insoweit vorzulegen, als sich der Eignung dieses Unternehmens bedient wird. Dies bedeutet, dass – sofern sich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des eignungsbeliehenen Unternehmens bedient wird – die geforderten Eignungsnachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gemäß nachfolgender Ziff. (2) bzw. dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) vorzulegen sind. Sofern sich der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des eignungsbeliehenen Unternehmens bedient wird, sind die geforderten Eignungsnachweise zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gemäß nachfolgender Ziff. (2) bzw. dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) vorzulegen. Für jedes eignungsbeliehene Unternehmen ist zudem eine von diesem abgegebene „Eigenerklärung Russland-Sanktionen“ (**Anlage 3**) einzureichen.

Sofern der Bewerber beabsichtigt, Nachunternehmer zu beauftragen, ohne sich auf deren Kapazitäten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit zu berufen (Eignungsleihe), sind die Teile der Leistung, die an einen Nachunternehmer vergeben werden sollen, im Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) zu benennen. Der konkrete Nachunternehmer ist mit dem Teilnahmeantrag an der entsprechenden Stelle in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) zu benennen, wenn es sich um einen wesentlichen Teil der Leistungserbringung handelt, die der Nachunternehmer erbringen soll. In diesem Fall sind für diesen Nachunternehmer auch die Eignungsnachweise zur „Befähigung zur Berufsausübung einschließlich der Auflagen zur Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister“ gemäß nachfolgender Ziff. (2) bzw. dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) sowie die entsprechenden in diesem Formular geforderten Eignungsnachweise vorzulegen, die seine konkrete Leistungserbringung betreffen.

Zudem ist das vollständig ausgefüllte sowie hinsichtlich der „Verpflichtungserklärung Nachunternehmer“ angekreuzte Formular „Verpflichtungserklärungen“ (**Anlage 2**) vorzulegen. Handelt es sich dagegen um unwesentliche Teile der Leistungserbringung, sind in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) lediglich die Leistungen anzugeben, die an einen Nachunternehmer vergeben werden sollen. Der Auftraggeber kann im Laufe des Verfahrens jedoch die konkrete Benennung der entsprechenden Nachunternehmer verlangen und die entsprechende in dem Formular „Verpflichtungserklärungen“ (**Anlage 2**) geforderte „Verpflichtungserklärung Nachunternehmer“ einfordern.

Der Auftraggeber wird die Ersetzung von Nachunternehmern verlangen, die zwingend nach § 123 GWB auszuschließen sind und behält sich vor, auch die Ersetzung von Nachunternehmern zu verlangen, die nach § 124 GWB fakultativ ausgeschlossen werden können, sofern keine Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB nachgewiesen wurden. Außerdem behält sich der Auftraggeber die Ersetzung von Nachunternehmern für den Fall vor, dass wichtige Gründe, wie z. B. mangelnde Fachkunde und Zuverlässigkeit des Nachunternehmers, mangelhafte Leistungen oder verspätete Fertigstellungstermine im Rahmen der Ausführung vorliegen.

Eine Änderung an den im Teilnahmeantrag getroffenen Aussagen und Festlegungen zu Bewerber-/ Bietergemeinschaften und/ oder hinsichtlich der eignungsbeliehenen Unternehmen und Nachunternehmern durch den Bewerber/ Bieter bzw. die Bewerber-/ Bietergemeinschaft im weiteren Verfahren kommt nur aus wichtigem Grund und in den Grenzen, die von der Rechtsprechung hierfür anerkannt sind, in Betracht. Unabhängig hiervon ist jede beabsichtigte Änderung dem Auftraggeber unverzüglich anzuzeigen. Die weitere Teilnahme am Verfahren nach einer solchen Änderung bedarf der Zustimmung des Auftraggebers in Textform.

(2) Eignungsnachweise

Die Eignungsprüfung der Bieter gemäß nachfolgender Ziff. cc) erfolgt auf Grundlage der nachfolgenden Eignungskriterien, die mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen sind (vgl. auch Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**)):

Bei Bewerber-/ Bietergemeinschaft:

- Vollständig ausgefülltes Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) nebst den darin geforderten Anlagen für jedes Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft.

Hinweis: Im Zuge der Eignungsprüfung werden die Mitglieder der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft insgesamt mit der jeweiligen Summe ihrer Beiträge zur Eignung beurteilt. Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB bzw. die Selbstreinigung nach § 125 GWB muss hingegen jedes Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft einzeln nachweisen.

- Vollständig ausgefülltes und hinsichtlich der „Verpflichtungserklärung Bewerber-bzw. Bietergemeinschaft“ angekreuztes Formular „Verpflichtungserklärungen“ (**Anlage 2**) für jedes Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft.
- Eigenerklärung über die Einhaltung der Russland-Sanktionen anlässlich der am 8. April 2022 im EU-Amtsblatt veröffentlichten Verordnung (EU) 2022/576 zur Umsetzung von Russland-Sanktionen gemäß dem Formular „Eigenerklärung Russland-Sanktionen“ (**Anlage 3**) für jedes Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft.

Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB bzw. Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB durch entsprechende Angabe in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) und ggf. seiner dort geforderten Anlage.
- Angabe der Registernummer und des Registergerichts bzw. des Berufsregisters in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**). Der Auftraggeber behält sich vor, Einsicht in das Handelsregister zu nehmen.
- Sofern vorhanden: Angabe der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**).
- Bestätigung der Erfüllung der Verpflichtung der Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung durch entsprechende Angabe in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**).
- Verpflichtungserklärung HVTG gemäß den Anforderungen in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**)
- Eigenerklärung über die Einhaltung der Russland-Sanktionen anlässlich der am 8. April 2022 im EU-Amtsblatt veröffentlichten Verordnung (EU) 2022/576 zur Umsetzung von Russland-Sanktionen gemäß dem Formular „Eigenerklärung Russland-Sanktionen“ (**Anlage 3**).

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Vorlage von Kopien der Jahresabschlüsse bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2023, 2024, 2025). Sollte der Jahresabschluss aus dem Jahr 2025 noch nicht vorliegen, sind die Kopien der Jahresabschlüsse aus den Jahren 2022, 2023 und 2024 einzureichen.

Sofern keine Jahresabschlusspflicht besteht, sind stattdessen für die betreffenden Geschäftsjahre 2023, 2024 und 2025 bzw. 2022, 2023 und 2024 aussagekräftige Gewinn- und Verlustrechnungen einzureichen.

- Eigenerklärung über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 2.500.000,00 € (mindestens zweifach maximiert je Versicherungsjahr) für Personenschäden und mindestens 3.000.000,00 € (mindestens zweifach maximiert je Versicherungsjahr) für Sach- und Vermögensschäden durch entsprechende Angabe in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**). Bzw. Bestätigung, dass im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird durch entsprechende Angabe in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**).

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Benennung der zuständigen Projektleitung und der stellvertretenden Projektleitung in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**).
- Eigenerklärung, dass die Projektleitung über mindestens fünf Jahre Berufserfahrung (maßgeblich ist der Zeitpunkt der Fertigstellung) in der Leitung von mit der Aufgabenstellung vergleichbaren Projekten verfügt in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**). Vergleichbar sind solche Projekte, die die Projektleitung in Leistungsphasen 3 – 8 der HOAI (oder in Anlehnung daran) von Bauprojekten der Modernisierung und Umstrukturierung mit einer Gesamtgröße des Bauvorhabens (Innen- und Außenanlagen) von mindestens 2.000 m² Bruttogeschossfläche betreffen
- Angabe der durchschnittlich in den letzten drei Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025) festangestellten Architekten in Vollzeit (Teilzeitbeschäftigte sind anteilig anzugeben) in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**).
- Angabe von mindestens drei geeigneten Referenzen des Bewerbers über in den letzten acht Jahren (maßgeblich ist der Zeitpunkt der Fertigstellung) erbrachten vergleichbaren Leistungen unter Angabe des Wertes der gesamten und der eigenen erbrachten Planungsleistung, des Erbringungszeitpunkts und des Auftraggebers, des Projektvolumens, des Nutzungsbereichs und der Angabe einer etwaigen öffentlichen Subventionierung durch entsprechende Angabe in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**). Als geeignete Referenz bzw. vergleichbare Leistung werden solche Referenzen bzw. Leistungen eingestuft, die die Projektleitung in Bauprojekten der Modernisierung und Umstrukturierung in den Leistungsphasen 3 – 8 der HOAI (oder in Anlehnung daran) mit einer Gesamtgröße des Bauvorhabens (Innenanlagen) von mindestens 2.000 m² Bruttogeschossfläche (BGF) betreffen. Die Referenzen können z.B. aus den folgenden Bereichen sein: Verwaltungsgebäude, Schulen, Bildungseinrichtungen Industriegebäude.

- Weitere Mindestanforderungen an die Referenzen des Bewerbers:

Mindestens ein Referenzprojekt muss ein Projektgesamtvolumen von mehr als 5 Mio. € (ohne Einrichtung und Maschinen) – KG 300 und 400 umfassen.

Mindestens ein Referenzprojekt muss durch öffentliche Fördergelder subventioniert worden sein.

Bei mindestens einem Referenzprojekt muss der Bewerber seine Planungsleistung im laufenden Betrieb des zu modernisierenden/ umzustrukturierenden Objektes erbracht haben. Laufender Betrieb in diesem Sinne bedeutet, dass das Objekt während der Modernisierung/ Umstrukturierung fortlaufend für seine jeweilige Bestimmung genutzt wurde (d.h. keine Unterbrechung stattfand). Hintergrund ist die vorliegende Notwendigkeit, die Modernisierung/ Umstrukturierung der Berufsbildungsstätte im laufenden Betrieb vorzunehmen und Einschränkungen im Betrieb so gering wie möglich zu halten.

Eine Referenz kann mehrere der genannten Mindestanforderungen gleichzeitig erfüllen.

Bewerber können ergänzend zu den in dem Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) abgefragten Referenzen auch eine weitergehende Referenzliste einreichen.

- Der Auftragnehmer hat ferner sicherzustellen, dass hinsichtlich Fragen der Bauphysik im Rahmen der Ausführung des Auftrags das erforderliche Fachpersonal zur Verfügung steht (z.B. für Themen des Wärmeschutzes, des Schallschutzes und der Raumakustik).

Eignungsleihe / Nachunternehmer

→ Bei Eignungsleihe:

- Benennung der eignungsbeliehenen Unternehmen nebst Art und Umfang der bereitgestellten Eignung im Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) des Bewerbers.
- Das Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) ist in jedem Fall von jedem eignungsbeliehenen Unternehmen hinsichtlich der „Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister“ sowie hinsichtlich der „Angaben zu Eignungsleihe und zum Einsatz von Nachunternehmern“ vollständig ausgefüllt nebst den darin geforderten Anlagen einzureichen.
 - Sofern sich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des eignungsbeliehenen Unternehmens bedient wird, ist zusätzlich der Abschnitt des Formulars „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) betreffend die „wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit“ vom eignungsbeliehenen Unternehmen vollständig ausgefüllt nebst den darin geforderten Anlagen einzureichen.

und/ oder

- Sofern sich der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des eignungsbeliehenen Unternehmens bedient wird, ist zusätzlich der Abschnitt des Formulars „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) betreffend die „technische und berufliche Leistungsfähigkeit“ vom eignungsbeliehenen Unternehmen vollständig ausgefüllt einzureichen.
- Vom eignungsbeliehenen Unternehmen vollständig ausgefülltes und hinsichtlich der „Verpflichtungserklärung Eignungsleihe“ angekreuztes Formular „Verpflichtungserklärungen“ (**Anlage 2**).
- Eigenerklärung über die Einhaltung der Russland-Sanktionen anlässlich der am 8. April 2022 im EU-Amtsblatt veröffentlichten Verordnung (EU) 2022/576 zur Umsetzung von Russland-Sanktionen gemäß dem Formular „Eigenerklärung Russland-Sanktionen“ (**Anlage 3**) von jedem eignungsbeliehenen Unternehmen.

➔ Bei Nachunternehmern:

- Sofern es sich um einen unwesentlichen Teil der Leistungserbringung handelt, die der Nachunternehmer erbringen soll oder der Nachunternehmer noch nicht bekannt ist: Benennung der Teile der Leistung, die an einen Nachunternehmer vergeben werden sollen im Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) des Bewerbers.
- Sofern es sich um einen wesentlichen Teil der Leistungserbringung handelt, die der Nachunternehmer erbringen soll oder der Nachunternehmer bereits bekannt ist:
 - Benennung des Nachunternehmers sowie der Teile der Leistung, die an den Nachunternehmer vergeben werden sollen im Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) des Bewerbers.
 - Das Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) ist in jedem Fall von jedem benannten Nachunternehmer hinsichtlich der „Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister“ sowie hinsichtlich der „Angaben zu Eignungsleihe und zum Einsatz von Nachunternehmern“ vollständig ausgefüllt nebst den darin geforderten Anlagen einzureichen.
 - Sofern der Teil der Leistungserbringung des Nachunternehmers die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit betrifft, ist zusätzlich der Abschnitt des Formulars „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) betreffend die „wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit“ vom Nachunternehmer vollständig ausgefüllt nebst den darin geforderten Anlagen einzureichen.

und / oder

- Sofern der Teil der Leistungserbringung des Nachunternehmers die technische und berufliche Leistungsfähigkeit betrifft, ist zusätzlich der Abschnitt des Formulars „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**) betreffend die „technische und berufliche Leistungsfähigkeit“ vom Nachunternehmer vollständig ausgefüllt einzureichen.
- Vom Nachunternehmer vollständig ausgefülltes und hinsichtlich der „Verpflichtungserklärung Nachunternehmer“ angekreuztes Formular „Verpflichtungserklärungen“ (**Anlage 2**).

cc) Eignungsprüfung

In einem ersten Schritt wird die Eignung der Bewerber durch den Auftraggeber überprüft. Die Prüfung erfolgt auf Grundlage der durch die Bewerber mit dem Teilnahmeantrag eingereichten Unterlagen gemäß vorstehender Ziff. (2).

Die Eignungsnachweise bzw. -kriterien, die in der vorstehenden Ziff. (2) genannt sind, sind von jedem Bewerber in seinem Teilnahmeantrag unter Beachtung der unter Ziff. (1) dargelegten Anforderungen nachzuweisen.

Werden einzelne der aufgeführten Eignungsnachweise und -kriterien nicht bereits in dem Teilnahmeantrag nachgewiesen, wird der Auftraggeber eine oder mehrere angemessene Nachfrist(en) zum Nachweis der betreffenden Eignungskriterien setzen. Weist ein Bewerber auch innerhalb der Nachfrist eines der Eignungskriterien nicht nach, kann ein Ausschluss des entsprechenden Bewerbers vom weiteren Verfahren erfolgen.

Der Auftraggeber wird die vorgelegten Eignungsnachweise sodann inhaltlich überprüfen. Sofern die vorgelegten Nachweise die Eignung des Bewerbers im Hinblick auf ein oder mehrere Eignungskriterien nicht belegen können, entscheidet der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen über einen Ausschluss des Bewerbers vom weiteren Verfahren. Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen der Eignungsprüfung die Inhalte der vorgelegten Erklärungen, Nachweise oder andere Unterlagen und Angaben betreffend die Eignung bei den Bietern aufzuklären.

dd) Einleitung des Verhandlungsverfahrens, formale Vorgaben zur Einreichung von Angeboten

Die im Teilnahmewettbewerb als geeignet identifizierten Bieter werden sodann zur Angebotsabgabe über das Vergabeportal DTVP aufgefordert. Die Bieter erhalten dazu eine Bieternachricht über das Vergabeportal DTVP sowie eine automatisierte E-Mail des Vergabeportals mit dem Zugang zu dem Projektraum des Vergabeportals, über den die Angebote einzureichen sind.

Bieter haben das Angebot innerhalb der Frist einzureichen, die den im Teilnahmewettbewerb als geeignet identifizierten Bietern mit der Angebotsaufforderung mitgeteilt wird. Das vollständige Angebot ist gemäß §§ 53 Abs. 1 VgV, 126b BGB und in deutscher Sprache abgefasst innerhalb der gesetzten Angebotsfrist über das Bietertool des Vergabeportals DTVP einzureichen.

Angebote in anderer Form (z.B. per Post, per Fax oder per E-Mail), verspätet hochgeladene oder über den Button „Kommunikation“ über das Vergabeportal abgegebene/ eingereichte Angebote werden nicht berücksichtigt.

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

ee) Anforderungen an die Inhalte der Angebote

Die Anforderungen an die Inhalte der Angebote ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung sowie dem Formblatt „Angebot“, die bereits mit der Bekanntmachung bereitgestellt werden.

ff) Ablauf des Verhandlungsverfahrens

Das Verhandlungsverfahren, das sich an den abgeschlossenen Teilnahmewettbewerb und nach Eingang von (Erst-)Angeboten innerhalb der hierzu gesetzten Angebotsfrist anschließt, wird wie folgt ausgestaltet:

Zunächst erfolgt je Angebot eine formale Prüfung des Angebots im Hinblick auf die Einhaltung der Formvorschriften gemäß vorstehender Ziff. dd). Verletzt ein Angebot diese zwingenden formalen Anforderungen, wird das Angebot ausgeschlossen.

Sodann erfolgt je Angebot eine Prüfung auf Vollständigkeit der geforderten Angaben und Unterlagen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen nachzufordern.

Nach Prüfung der Angebote auf allgemeine Vollständigkeit und Plausibilität nimmt der Auftraggeber im Regelfall eine Angebotsaufklärung vor. Geeignete Bieter, deren Angebot die formalen Voraussetzungen erfüllen, werden hierbei zu einem Aufklärungsgespräch eingeladen, in dem das Angebot vorgestellt und näher erläutert sowie nachgebessert werden kann. Der Auftraggeber behält sich vor, Rückfragen zu dem Angebot in dem Aufklärungsgespräch zu stellen. Im Rahmen der Angebotsaufklärung darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden mit Ausnahme der von dem Auftraggeber in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen und Wertungskriterien. Der Auftraggeber behält sich vor, von einem Aufklärungsgespräch abzusehen. Im Anschluss an das Aufklärungsgespräch erhalten alle am Verfahren beteiligten Bieter eine noch zu bestimmende Frist, um innerhalb dieser Frist ihr Angebot zu überarbeiten und nachzubessern und dieses als verbindliches Angebot einzureichen.

Der Auftraggeber behält sich vor, ohne in weitere Verhandlungsrunden einzutreten, bereits die eingereichten (Erst-)Angebote zu bezuschlagen.

Der Auftraggeber behält sich in Bezug auf die verbindlichen Angebote vor, weitere Aufklärungsgespräche und schriftliche Aufklärungen über die Inhalte der verbindlichen Angebote zu führen sowie weitere Verhandlungsrunden durchzuführen.

Nach Eingang der verbindlichen Angebote erfolgt eine Wertung der Angebote auf Grundlage der in nachfolgender Ziff. gg) niedergelegten Wertungsmatrix.

Erklärungen, Nachweise, Unterlagen und Angaben, die der Auftraggeber während des Verfahrens nachfordert oder für die er Gelegenheit zur Aufklärung gibt, können nur bis zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt nachgereicht werden. Werden nachgeforderte Unterlagen nicht innerhalb des vom Auftraggeber bestimmten Zeitraums eingereicht, wird der Bieter vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Hinweis: Der Auftraggeber behält sich vor Erteilung des Zuschlags vor, bei der Registerbehörde abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu, die für den Zuschlag in Betracht kommen, gespeichert sind.

gg) Wertungskriterien

Die Bewertung der Angebote erfolgt anhand der nachfolgenden Kriterien.

Wertungskriterium	Wertungspunkte
1. Honorar	Max. 20 Punkte
<p>Bewertet wird das Gesamthonorar, welches sich aus dem Formblatt „Angebot“ (Anlage 1 zur Leistungsbeschreibung) auf der Grundlage der dort getätigten Annahmen ergibt.</p> <p>Der Bieter mit dem niedrigsten Gesamthonorar in € gemäß dem Formular „Angebot“ (Anlage 1 zur Leistungsbeschreibung) erhält die höchste Punktzahl (20) (nachfolgend: „das Bestangebot“). Zu den verbleibenden angeboten wird die rechnerische Differenz in Prozent bezogen auf das Honorar gebildet. Beträgt das Honorar eines Angebots beispielsweise 10 % mehr als dasjenige des Bestangebots, erhält dieses Angebot 10 % und damit 2,0 Punkte weniger in der Bewertung).</p>	
2. Herangehensweise an die Aufgabenstellung	Max. 60 Punkte
a) Projektteam	Max. 10 Punkte
Die Anzahl der im Projektteam vertretenen Mitarbeiter des Bieters und deren Qualifikation sowie die Darstellung der Arbeitsweise des Projektteams lassen auf eine zuverlässige und qualitativ hochwertige Leistungserbringung schließen. Die Ausführungen beziehen sich auf das konkrete Projekt.	10 Punkte
Nach den Angaben zu der Anzahl der im Projektteam vertretenen Mitarbeiter des Bieters und deren Qualifikation sowie der Darstellung der Arbeitsweise des Projektteams erscheint eine zuverlässige Leistungserbringung durch den Bieter als möglich.	5 Punkte

Die Angaben zu der Anzahl der im Projektteam vertretenen Mitarbeiter des Bieters und deren Qualifikation sowie die Darstellung der Arbeitsweise des Projektteams weisen Lücken auf und sind nicht vollständig plausibel.	0 Punkte
b) Ideenskizze zur Termin- und Kostenkontrolle	Max. 10 Punkte
Die Maßnahmen zur Termin- und Kostenkontrolle sind vollständig nachvollziehbar. Es werden umfangreiche Maßnahmen zur Termin- und Kostenkontrolle dargestellt. Es besteht ein schlüssiger Plan zu Vorgehensweisen bei drohenden Terminverzögerungen und Kostensteigerungen.	10 Punkte
Die Maßnahmen zur Termin- und Kostenkontrolle sind grundsätzlich nachvollziehbar. Es werden einige schlüssige Maßnahmen zur Termin- und Kostenkontrolle und für den Fall drohender Terminverzögerungen und Kostensteigerungen dargestellt.	5 Punkte
Die Maßnahmen zur Termin- und Kostenkontrolle sind lückenhaft dargestellt und nicht plausibel. Eine schlüssige Vorgehensweise bei drohenden Terminverzögerungen und Kostensteigerungen ist nicht erkennbar.	0 Punkte
c) Konzept zur Sicherstellung des laufenden Betriebs der Bildungsstätte während der Bauphase	Max. 20 Punkte
Die Ausführungen im Konzept sind vollständig nachvollziehbar. Es sind umfangreiche und schlüssige Darstellungen zu Maßnahmen der Sicherstellung des laufenden Betriebs der Bildungsstätte während der Bauphase vorhanden. Die soweit wie möglich störungsarme Fortsetzung des laufenden Betriebs erscheint gesichert.	20 Punkte
Die Ausführungen im Konzept sind grundsätzlich nachvollziehbar. Es sind Darstellungen zu Maßnahmen der Sicherstellung des laufenden Betriebs der Bildungsstätte während der Bauphase vorhanden. Die Darstellungen lassen auf Maßnahmen schließen, die die Störungen des laufenden Betriebs jedenfalls reduzieren.	10 Punkte
Die Ausführungen im Konzept sind lückenhaft und nicht plausibel und deuten darauf hin, dass der laufende Betrieb während der Bauphase nicht sichergestellt ist.	0 Punkte

d) Einbeziehung der Vorgaben des Fördermittelrechts	Max. 20 Punkte
Die Ausführungen sind vollständig nachvollziehbar. Es sind detaillierte und schlüssige Darstellungen zur Maßnahmen Sichtung der einschlägigen rechtlichen Vorgaben des Fördermittelrechts vorhanden, ebenso wie eine detaillierte und schlüssige Darstellung zur Umsetzung und Kontrolle. Die einwandfreie Einhaltung der förderrechtlichen Vorgaben erscheint gesichert.	20 Punkte
Die Ausführungen sind grundsätzlich nachvollziehbar. Es sind schlüssige Darstellungen zur Maßnahmen Sichtung der einschlägigen rechtlichen Vorgaben des Fördermittelrechts vorhanden, ebenso wie eine schlüssige Darstellung zur Umsetzung und Kontrolle. Die Einhaltung der förderrechtlichen Vorgaben erscheint grundsätzlich gesichert.	10 Punkte
Die Ausführungen sind lückenhaft und nicht plausibel und deuten darauf hin, dass die Einhaltung der förderrechtlichen Vorgaben nicht durchweg sichergestellt ist.	0 Punkte
3. Zeitliche Verfügbarkeit auf der Baustelle nach ad hoc Anfrage des Auftraggebers	Max. 20 Punkte
Der Bieter mit der kürzesten Zeit bis zur Verfügbarkeit des Projektleitung auf der Baustelle in Minuten auf Anfragen des Auftraggebers erhält die volle Punktzahl (20) (nachfolgend „das Bestangebot“). Zu den verbleibenden Angeboten wird die rechnerische Differenz in % bezogen auf die Reaktionszeit berechnet. Beträgt die Differenz 10 % erhält der Bewerber damit 10 % und somit 2,0 Punkte weniger in der Bewertung.	
Summe	100 Punkte

Die Bieter haben bereits mit Angebotsabgabe eine aussagekräftige Skizze bzw. ein Konzept zur „Herangehensweise an die Aufgabenstellung“ einzureichen. Dieses bildet eine Grundlage für die Bewertung im Rahmen des Vergabeverfahrens. Den Bietern wird darüber hinaus im Zuge eines Bietergesprächs bzw. Verhandlungstermins die Möglichkeit eingeräumt, ihre eingereichten Unterlagen näher zu erläutern und zu präsentieren.

hh) Zuschlagserteilung

Unterlegene Bieter werden vor Zuschlagserteilung entsprechend § 134 GWB über den anstehenden Vertragsschluss, den zu bezuschlagenden Bieter und die Gründe für die Nichtberücksichtigung Ihres Angebots informiert.

Die Erteilung des Zuschlags steht unter dem Vorbehalt, dass entsprechende Finanzmittel haushaltsrechtlich und seitens der Fördermittelgeber bereitgestellt werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, die einzelnen Leistungsphasen gemäß Ziff. I. 2. b) der Leistungsbeschreibung stufenweise zu beauftragen

3 Sonstige Angaben

Eine Erstattung der Kosten, die Bewerbern bzw. Bietern durch die Bearbeitung, insbesondere durch die Erstellung von Angeboten und Teilnahmeanträgen entstehen, ist ausgeschlossen.

Änderungen zum Verfahren werden ausschließlich über das Vergabeportal DTVP (der konkrete Link ist in der Bekanntmachung genannt) und das Portal <http://ted.europa.eu> bekannt gemacht.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen samt Anlagen eventuell unzutreffende oder unvollständige Angaben enthalten können. Der Auftraggeber übernimmt hierfür – soweit rechtlich zulässig – keine Haftung. Die Bieter haben daher die Informationen des Auftraggebers entsprechend zu überprüfen.

Für den Ablauf des Vergabeverfahrens wird folgender geschätzter Zeitablauf zugrunde gelegt; Änderungen sind vorbehalten, insbesondere kann es abhängig von der Verfahrensentwicklung sowie dem Umfang der Verhandlungen in der zweiten Verfahrensstufe zu Veränderungen kommen:

Abgabefrist für den Teilnahmewettbewerb:	31.07.2026
Unterrichtung der Bewerber und Aufforderung zur ersten Angebotsabgabe:	KW 33
Abgabefrist der ersten Angebote:	KW 37
Präsentationen/ Bietergespräche:	KW 39
Nacharbeiten/ verbindliche Angebote:	KW 41
Information-/ Wartepflicht § 134 Abs. 2 GWB:	10 Tage

4 Anlagen

- Formular „Eignungsnachweise“ (**Anlage 1**)
- Formular „Verpflichtungserklärungen“ (**Anlage 2**)
- Formular „Eigenerklärung Russland-Sanktionen“ (**Anlage 3**)